

Wohnreform 2025

Landtag diskutiert geplante Neuerungen im Wohnbau

Montag, 14. April 2025 | 15:56 Uhr



[APA/APA/GEORG HOCHMUTH \(Themenbild\)/GEORG HOCHMUTH](#)

Von: luk

Bozen – Der IV. Gesetzgebungsausschuss des Südtiroler Landtags hat am Montag Vertreter aus Politik, Forschung und Bauwirtschaft zur geplanten Wohnreform 2025 angehört. Ziel der Sitzung war es, die einschlägigen Artikel des Omnibusgesetzes 41/25 eingehend zu prüfen und ein möglichst umfassendes Bild der aktuellen Herausforderungen und Reformbedarfe im Bereich Wohnen zu gewinnen.

Die öffentliche Anhörung fand unter dem Vorsitz von Waltraud Deeg statt, auf Antrag von Zeno Oberkofler (stellv. Vorsitzender) sowie den Ausschussmitgliedern Franz Ploner und Franz Locher. Neben Landesrätin für Wohnen Ulli Mair war auch Landesrat für Raumentwicklung Peter Brunner anwesend.

Einblick in Studien, Erfahrungen und Herausforderungen

Zu den Beiträgen zählte etwa eine Vorstellung der ASTAT-Studie „50 Jahre autonome Wohnbaupolitik in Südtirol“ durch Peter Morello. Die Analyse zeigte unter anderem eine deutliche Verdoppelung des Bodenverbrauchs in den letzten Jahrzehnten sowie den erheblichen Einfluss von Baulandpreisen auf die Immobilienkosten.

Landesrätin Mair erläuterte anschließend die Eckpunkte der geplanten Reform. Diese sieht unter anderem eine 100-prozentige Konventionierung neuer Wohnungen, eine Stärkung des gemeinnützigen Wohnbaus sowie Maßnahmen zur Förderung des Mietmarktes vor. Auch Vereinfachungen im Verfahrensablauf und Chancen durch Digitalisierung wurden angesprochen.

Weitere Beiträge kamen vom AFI (Arbeitsförderungsinstitut), dem Baukollegium, dem Handwerkerverband LVH, dem Coopbund sowie Vertretern der Banken- und Maklerbranche. Als internationale Perspektive stellte Gerald Kössl vom österreichischen Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen per Videoschaltung die positiven Erfahrungen Österreichs mit gefördertem Wohnbau vor.

Unterschiedliche Einschätzungen zur Konventionierung

Die Reaktionen auf die geplante vollständige Konventionierung neuer Wohnungen fielen unterschiedlich aus. Während einige sie als mutigen Schritt lobten, wurde sie von anderen als markthemmend kritisiert. Einigkeit herrschte hingegen in der Notwendigkeit, bestehende Strukturen zu modernisieren, Baurechte klarer zu definieren und bürokratische Hürden abzubauen.

Fragen und Ausblick

Im Anschluss nutzten die Ausschussmitglieder die Gelegenheit zu Rückfragen. Diskutiert wurden unter anderem die Rolle der Gemeinden, die Förderung junger Menschen, Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Wohnbedarf sowie Fragen zur Energieeffizienz und zur Hypothekenvergabe.

Zum Abschluss bedankte sich Ausschussvorsitzende Deeg bei allen Beteiligten und hob den Mehrwert des fachlichen Austauschs für die weitere Gesetzesarbeit hervor. Stellvertreter Oberkofler bezeichnete die Anhörung als wichtigen Impuls für die künftige Ausgestaltung der Wohnbaupolitik in Südtirol.

Kommentare

Aktuell sind **1 Kommentare** vorhanden

[Kommentare anzeigen](#)